

## „Streben nach Wahrhaftigkeit“

### Im Januar 1969 hielt Prälat Brechmann eine bemerkenswerte Ansprache auf dem Winterfest des Landwirtschaftlichen Kreisverbands in Kaunitz

„Alle Jahre wieder“ lud der Landwirtschaftliche Verband des Kreises Wiedenbrück seine Mitglieder im Januar zu einem Winterfest ein. Der Ort des Festes wechselte von Jahr zu Jahr. 1969 fanden sich die Gäste im Saal der Gastwirtschaft Liemke in Kaunitz ein, deren „behagliche Atmosphäre“ die anwesenden Journalisten in ihren Berichten besonders hervorhoben.



Die Luftaufnahme aus dem Jahr 1972 stellt den Dorfkern Kaunitz mit der Gastwirtschaft Liemke in den Bildmittelpunkt.

Nachdem Kreislandwirt Spliethoff und Amtsbürgermeister Maasjost die zahlreichen Gäste und Ehrengäste begrüßt hatten, sprach Landrat Lakämper ein Grußwort. Er ging darin auch auf die bevorstehende kommunale Neugliederung ein, die die Kommunalpolitik in den vergangenen Jahren vorbereitet hatte. In gut einem Jahr würde sie zum 1. Januar 1970 in Kraft treten und neue, größere Gemeinwesen entstehen lassen. Dann, so der Landrat, fange die Arbeit erst richtig an: „Dann gelte es, unsere Gemeinden so zu gestalten, daß sie auch im Jahr 2000 noch Bestand haben könnten.“ Heute wissen wir, dass die damals Verantwortlichen dieses Ziel erreicht haben.

Anschließend hielt Prälat Brechmann aus Stukenbrock seine Festansprache. Sein Thema war „das Generationenproblem“. Sicherlich hatte ihn das zurückliegende Jahr 1968 dazu angeregt, in dem viele junge Menschen die Werte und das Verhalten ihrer Eltern und Großeltern offen in Frage gestellt hatten. Manche hatten sich dazu in der „Außerparlamentarischen Opposition“, kurz „APO“, zusammengeschlossen; in der katholischen Kirche gab es entsprechend einen Zusammenschluss „KAPO“. Neben diesen „Unruhestiftern“ machte der Prälat als eine weitere Ursache für das aufmüpfige Verhalten der Jugendlichen das Fernsehen aus – viele Menschen beschreiben heute den Einfluss der modernen Medien ganz ähnlich. Der Geistliche sagte, „das Fernsehen bringe heute alle Probleme bis in das letzte Dorf hinaus und bringe Unruhe in die Bevölkerung hinein.“ In der Folge litte die Jugend seiner Erfahrung nach „ganz allgemein unter einer ‚Verunsicherung‘. Früher habe es für sie eine ‚letzte Autorität‘ gegeben, den Vater, den Pfarrer oder den Lehrer. Das sei heute nicht mehr der Fall. Sie werde mit so vielen Eindrücken und Problemen und so viel Kritizismus überschüttet, daß sie allem voller Zweifel gegenüberstehe. Hinzu komme, daß die Jugend zu Seh-Kindern geworden sei. Die Fülle der optischen Eindrücke habe dazu geführt, daß ihnen das logische Denken, vor allem das Erkennen von Zusammenhängen, schwer falle.“

Doch konnte Prälat Brechmann der kritischen Haltung der Jugendlichen auch Gutes abgewinnen, sah er darin doch ein „Streben nach Wahrhaftigkeit“. Um das „Generationenproblem“ zu überwinden, riet er den Eltern, ihren Kindern gegenüber wahrhaftig, glaubwürdig, zu sein und immer wieder das Gespräch mit ihnen zu suchen. „Dies treffe ganz besonders für sexuelle Fragen zu. Es sei daher wichtig, mit der jüngeren Generation sehr offen über sexuelle Fragen zu sprechen. Besonders wichtig sei es, daß die Mütter ihren Töchtern rechtzeitig sagen, was die Männer ihrer Natur nach von ihnen wollen und daß man Liebe nicht ausprobieren könne.“ Es erscheint uns heute bemerkenswert, dass ein Geistlicher bereits 1969 vor einem großen Publikum derart offen über einen empfindlichen Gegenstand wie die Sexualität sprach. Doch hatte diese Offenheit Grenzen, denn letztlich ermahnte Prälat Brechmann seine Zuhörerinnen und Zuhörer, auf diesem Gebiet an überlieferten Wertvorstellungen und Verhaltensweisen festzuhalten.

## **„Freude beim Krankenhaus-Richtfest in Verl“**

### **Im Februar 1969 war der Um- und Erweiterungsbaus des St.-Anna-Hospitals vorangeschritten**

Viele Verlerinnen und Verler erinnern sich, dass das Alten- und Pflegeheim Caritas-Haus St. Anna bis 1988 noch das St.-Anna-Hospital war. Als kleines Belegkrankenhaus mit weniger als 100 Betten hatte es damals keine Aufnahme mehr in den Landesbedarfsplan gefunden. Das bedeutete die Schließung, denn seine Trägerin, die katholische Kirchengemeinde, würde zu seiner Unterhaltung keine Landesmittel mehr erhalten.

20 Jahre zuvor hatte die Kirchengemeinde allerdings noch eine große Umbaumaßnahme in Angriff genommen, um das Hospital grundlegend zu modernisieren, und zwar so umfassend, „daß es im Endzustand einem Neubau gleichkommt.“ So beschrieb es der ausführende Architekt Wilhelm Waterkamp aus Wiedenbrück anlässlich des Richtfests am 7. Februar 1969 den anwesenden Gästen, unter denen auch Vertreter der Presse waren.

Das St.-Anna-Hospital war in den Jahren 1907 und 1908 entstanden. Zuvor hatte Pfarrer Ferdinand Kühlmann in jahrelanger unermüdlicher Sammlungstätigkeit einen Großteil der erforderlichen Geldmittel für den Kauf eines passenden Grundstücks und den Bau des Hauses zusammengetragen. Denn im Amt Verl fehlte ein Ort, an dem erkrankte Menschen und auch pflegebedürftige arme und alte Menschen Aufnahme fanden. Das I-förmige, zweieinhalb Geschosse hohe Hauptgebäude wirkte mit seinen Mauern aus roten Ziegelsteinen und dem Glockenturm auf dem Satteldach wie eine im historistischen Stil errichtete Kirche oder Klosteranlage. (Tatsächlich war der Architekt Wilhelm Sunder-Plaßmann aus Münster ein Fachmann für Kirchenbauten.) 1933 ließ die Kirchengemeinde, angeführt von Pfarrer Johannes Häner, das Hospital um eine ähnlich gestaltete Entbindungsstation, eine sogenannte Wöchnerinnenstation, erweitern.



Der Ausschnitt aus einer Ansichtskarte zeigt die Eingangsseite des St.-Anna-Hospitals vor dem Umbau.

Der Um- und Erweiterungsbau, dessen Richtfest im Februar 1969 stattfand, sollte die Modernisierung im Inneren auch im Äußeren widerspiegeln: Die jeweils neu aufgebauten Gebäudeflügel erhielten ein flacheres, durchgehendes Dach. Alle Außenflächen bekamen einen hellen Verputz. Damit verlor das St.-Anna-Hospital sein vertrautes Gesicht. Innen gewann es dafür Räume für Empfang, Verwaltung und Behandlung, einen zweiten Operationssaal, einen neuen Aufzug, weitere Kranken- und Pflegezimmer sowie schönere Wohnräume für die Olper Franziskanerinnen.

Ohne die Schwestern von der Kongregation „Arme Franziskanerinnen von der ewigen Anbetung“ hätte die Kirchengemeinde das Hospital nicht betreiben können: Von Anfang an leisteten sie die

Krankenpflege, assistierten im Operationssaal, arbeiteten am Röntgengerät und im Labor, in der Küche, in der Wäscherei und in der Verwaltung. Außerdem richteten sie eine Handarbeitsschule im Gebäude ein. Zu den Kosten des 1968 begonnenen Umbaus steuerten „die Schwestern selbst eine erhebliche Eigenleistung bei: 300 000 DM – ein Fünftel der veranschlagten Baukosten – hatten sie in vielen Jahren nach und nach auf die ‚hohe Kante‘ gelegt und ermöglichten damit praktisch erst die Baumaßnahme.“ Das hob Pfarrer Josef Ludwig bei dem Richtfest im Februar 1969 besonders hervor.



Eine Fotografie aus dem Band „Verl – unsere Gemeinde“ von Friedrich Adämmer und Udo Graffunder mit der Eingangsseite des Hospitals nach dem Umbau.

## „Der Einzelhandel hat weiterhin Chancen“

**Im März 1969 besprachen die Verler Kaufleute, wie sie in Zukunft den Verbrauchermärkten entgegentreten wollten**

„Nichts ist so alt wie die Zeitung von gestern“, heißt es oft. Doch mag die Zeitung von gestern auch uninteressant scheinen, wenn Jahrzehnte darüber hinweg gegangen sind, verwandelt sich eine alte Zeitung in eine wertvolle historische Quelle. Wer sich für die Geschichte seiner Stadt interessiert, erfährt aus den Lokalseiten, was in der Vergangenheit die Bürgerinnen und Bürger bewegte, erkennt Wandel und Beständigkeit. Das trifft auch auf eine Zeitungsmeldung von der Versammlung der Verler Kaufmannschaft im März 1969 zu.

Thema dort war die Herausforderung, die die seinerzeit „aus dem Boden ‚geschossenen‘ Verbrauchermärkte“ für den örtlichen Einzelhandel darstellte. „Entscheidend für das Aufkommen der Verbrauchermärkte sei einmal die zunehmende Beweglichkeit weiter Verbraucherkreise durch die Benutzung eines eigenen Kraftfahrzeuges, zum anderen die Massenproduktion von Gütern des täglichen Bedarfs, die zwangsläufig auch einen Massenabsatz erfordere“, erklärte der Geschäftsführer des Einzelhandelsverbands, der als Redner eingeladen worden war, den Verler Kaufleuten das neue Phänomen. „Dennoch aber habe der Einzelhandel weiterhin Chancen, auch gegenüber den Verbrauchermärkten, wenn er sich seiner besonderen Leistungsfähigkeit bewußt werde. Massenproduktion und Massenabsatz allein könnten dem immer differenzierter werdenden Bedarf der Verbraucherschaft allein nicht gerecht werden. Das spezialisierte Fachgeschäft mit einem entsprechenden Warensortiment wie das Nachbarschaftsgeschäft in der Lebensmittelbranche mit dem richtigen Standort könne auch mit Verbrauchermärkten konkurrieren. Es müßten die spezifischen Vorzüge dieser Art Geschäfte herausgestellt und insbesondere die Service-Leistungen noch mehr verbessert werden“, meinte der Vortragende.



Die Ansichtskarte, 1969 verschickt, zeigt in der Mitte, stellvertretend für den Einzelhandel, „Gemischtwaren Joh. Setter“, Gütersloher Str. 96. (Die Bildunterschriften „Krankenhaus“ und „Amtsgebäude“ sind vertauscht.)

Entgegen dieser Einschätzung konnten die kleinen Lebensmittelgeschäfte vor Ort mit ihrer überschaubareren Auswahl und ihren höheren Preisen gegen die Verbrauchermärkte auf Dauer nicht bestehen. Die Empfehlung für den Fachhandel, seine Servicebereitschaft zu betonen, gilt dennoch unverändert, und wegen des heute verbreiteten Onlinehandels noch ausdrücklicher denn je. Neben allen eigenen Anstrengungen der Kaufleute braucht es für das Bestehen der Einzelhandelsgeschäfte vor Ort aber auch Kundinnen und Kunden, die bereits sind, für die persönliche Ansprache und Beratung sowie die unmittelbare Erhältlichkeit der Ware einen angemessenen Preis zu zahlen.

## Die Herstellung von Holzschuhen galt nicht als „Zuwachsindustrie“

### Johann Sinnerbrink in Verl setzte deswegen im April 1969 bereits auf Furniere

Wenn meine Großtante, die damals noch einen weitläufigen Obst- und Gemüsegarten bewirtschaftete, 1969 auf ihr „Land“ ging, tat sie das in Holzschuhen. Viele ältere Menschen trugen sie bis dahin bei der Gartenarbeit, diese aus einem einzigen Stück Holz gearbeiteten und damit unnachgiebigen, aber auch unverwüstlichen Schuhe. Denn sie verliehen den Füßen auf loser oder nasser Erde festen Stand und hielten sie trocken.

Mit der Firma Johann Sinnerbrink stand noch 1969 an der Marktstraße inmitten des Dorfes Verl eine Holzschuhfabrik, die die hölzerne Fußbekleidung mit modernen Maschinen herstellte. Eine der örtlichen Zeitungen nahm sich die Zeit für einen Besuch.



Diese Anzeige der Firma Johann Sinnerbrink erschien im „Adreßbuch der Gemeinde Verl 1971“.

Der Reporter erlebte mit, wie nach dem groben Aushöhlen zweier Holzblöcke an einer Kopierfräse nach dem Vorbild eines Musters ein neues Holzschuhpaar entstand. Er durfte auch in das Lager der Fabrik schauen, wo sich ein großer Vorrat an Holzschuhen in Kinder- und Erwachsenengrößen befand. Gartenbäuerinnen und Gartenbauer fragten Holzschuhe weiterhin nach. Außerdem trugen manche Arbeiter in der eisenverarbeitenden Industrie Holzschuhe und brachten „so ihre Füße in Sicherheit vor Hitze und Druck von außen“ – sie nutzten sie also als „Sicherheitsschuhe“.

Der Berichterstatter erfuhr jedoch auch, dass sich die Holzschuhe für Kinder so gut wie gar nicht mehr verkauften. Dabei waren die Mädchen und Jungen früher darin sogar zur Schule gegangen, denn Lederschuhe hatte es für viele Kinder lange Zeit nur für den Kirchgang gegeben. Noch in den Jahren nach Kriegsende 1945 kamen manche Schülerinnen und Schüler in „Holsken“ in den Unterricht, denn sie waren preiswert zu haben. „Aber wer erinnert sich schon gern daran?“, fragte der Reporter. Holzschuhe an Schulkinderfüßen galten inzwischen längst als altmodisch und ärmlich. Und auch bei den Erwachsenen würde modernes Schuhwerk die Holzschuhe in absehbarer Zeit immer weiter verdrängen.

Die Firma Johann Sinnerbrink stellte deshalb 1969 nicht mehr allein Holzschuhe her, sondern auch sogenannte „Absperrfurniere“. Ein Absperrfurnier ist ein Holzblatt, das seine Trägerplatte daran hindert, zu „arbeiten“: Indem es im rechten Winkel zu der Maserung der Trägerplatte aufgeleimt wird, „sperrt“ es deren Möglichkeit „ab“, sich zu bewegen und sich zu verändern.

1991 zog die Firma „Joh. Sinnerbrink GmbH & Co. KG“ von Verl nach Kaunitz in das Gewerbegebiet am Kapellenweg, wo sie sich seitdem besonders auf die Herstellung von Buchenschäl furnier verlegt hat.

**„Ohne Kommentar“ nahm der Rat die Bestimmungen hin**

**Im Mai 1969 waren die Einzelheiten der bevorstehenden kommunalen Neugliederung bereits geregelt**

Als der Rat der Gemeinde Verl im Mai 1969 zusammentrat, waren es nur noch sieben Monate, bis die kommunale Neugliederung am 1. Januar 1970 in Kraft treten sollte. Statt des Amtes Verl mit seinen fünf politischen Gemeinden Verl, Bornholte, Sende, Schloß Holte (bis 1964: Liemke) und Österwiehe würde es dann zwei neue Gemeinden geben: Die neue Gemeinde Verl schloss Verl, Bornholte, den westlichen Teil Sendes, Österwiehe und kleinere Teile von Varensell und Schloß Holte zusammen, die neue Gemeinde Schloß Holte-Stukenbrock umfasste Schloß Holte, den östlichen Teil Sendes und Stukenbrock. Diese beiden größeren neuen öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften traten die Rechtsnachfolge der kleineren alten Gemeinden an.

Die dazugehörigen Bestimmungen des Oberkreisdirektors betrafen entsprechend alle Bereiche des gemeindlichen Lebens: Schulverbände waren teilweise nicht mehr notwendig, Bau- und Betriebsverpflichtungen wie diejenige der Gemeinde Sende für das Gemeinschaftsklärwerk mit Oerlinghausen und der Sennestadt gingen auf die neue Gemeinde Verl über. Spätestens zwölf Monate nach Inkrafttreten der kommunalen Neugliederung musste außerdem ein neues Ortsrecht eingeführt sein, das die Selbstverwaltung der jungen Gemeinde regelte.

Durch den Zusammenschluss verloren die alten Gemeinden ihre politische Selbständigkeit und wurden zu „Ortschaften innerhalb der neuen Gemeinde Verl“, berichtete eine der örtlichen Zeitungen: „Die Ortschaften Bornholte und Sende führen ihre bisherigen Gemeindennamen, die Gemeinde Oesterwiehe und die aus der bisherigen Gemeinde Schloß Holte eingegliederten Gebieteteile den Ortsnamen ‚Kaunitz‘ neben dem Namen der neuen Gemeinde weiter.“

Das alles nahm der Rat der (bald alten) Gemeinde Verl „ohne Kommentar“ zur Kenntnis, wie einer der anwesenden Reporter beobachtete. Doch was hätte es auch zu sagen gegeben? Trotz vieler Gespräche und schriftlicher Stellungnahmen in den Jahren zuvor hatte der Wunsch der Gemeindevertretung, dass eine neue Gemeinde Verl in den Grenzen des alten Amtes entstehen möge, sich nicht erfüllt. Nun hieß es, die Entscheidung der Landesregierung an- und die Bestimmungen des Oberkreisdirektors aufzunehmen, um sie zu gegebener Zeit umzusetzen.

## Ein Dorf verändert sein Gesicht

### Im Juni 1969 hatten städtische Bauformen Einzug in Verl gehalten

In den 1960er Jahren veränderte das Dorf Verl sein Gesicht stärker als jemals zuvor. Alte Fachwerkgebäude entlang der Hauptstraße mussten Platz machen für neue, größere Häuser. Zwei- und dreigeschossige Bauten, durchaus mit einem Flachdach, sollten anzeigen, dass auch Verl mit der Zeit ging, dass auch Verl Richtung Stadt ging. So war bereits in der ersten Hälfte des Jahrzehnts an der Einmündung der Wilhelmstraße die „Neue Apotheke“ an der Stelle des Fachwerkgebäudes Hauphoff entstanden, so war gegenüber der Einmündung der Sender Straße die neue Küsterei an der Stelle der alten Küsterei und der alten Vikarie entstanden.

Dem Verkehr war eine Bahn gebrochen, indem die Gütersloher Straße über ehemalige Gebäudestandorte hinweg eine neue Trasse erhalten hatte. Nun schloss sie unmittelbar an die Paderborner Straße an, dort, wo von Norden die Hauptstraße und von Süden die Bahnhofstraße kamen. Hier gab es seit dem April 1966 eine Hauptkreuzung, über die der Durchgangsverkehr geradeaus hinwegfloss. Die allererste Ampel im ganzen Dorf regelte den Verkehr.

An der St.-Anna-Straße stand das neue, im Mai 1968 eingeweihte Gebäude der ersten weiterführenden Schule des Amtsbezirks, der Realschule Verl. Der Schule gegenüber befand sich im Juni 1969 eine große Baustelle: Die katholische Kirchengemeinde erneuerte und erweiterte das St.-Anna-Hospital. Der große Ziegelbau im historistischen Stil, der über Jahrzehnte das Ortsbild geprägt hatte, verschwand hinter glattgeputzten Wänden. Gerade hatten Bauarbeiter den Glockenturm auf dem Dach – neben dem Turm von St. Anna lange Jahre „ein zweites Wahrzeichen Verls“, so schrieb ein Reporter in einer der örtlichen Zeitungen – eingerüstet, um ihn abzutragen.



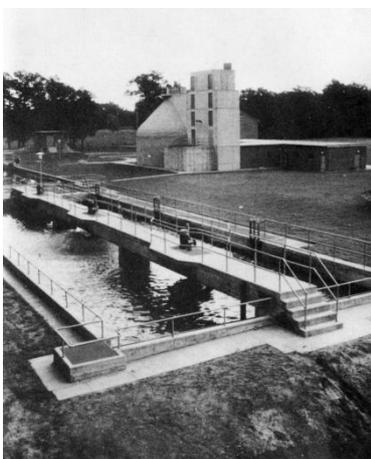
1969 wuchs an der Stelle des alten Hauses Hauptstr. 16 ein Neubau in die Höhe. Auch die Tage des benachbarten Fachwerkhauses Hauptstr. 18 waren gezählt.

Gleichzeitig entstand nahe der Einmündung der Bürmannstraße an der Stelle des alten Hauses Hauptstr. 16 ein neues dreigeschossiges Wohn- und Geschäftshaus mit Flachdach. Eigentlich war auf dieser östlichen Seite der Straße nur eine zweigeschossige Bebauung vorgesehen. Doch weil der Gemeinderat fand, „daß die bestehende Bebauung an der Ostseite als dreigeschossig anzusprechen und für die gegenüberliegende Straßenseite eine dreigeschossige Bauweise festgesetzt ist“, war der größere Neubau trotzdem möglich. Er stieß unmittelbar an das Fachwerkgebäude Hauptstr. 18, dessen Tage ebenfalls gezählt waren. Bernhard Klotz, der langjährige Vorsitzende des Heimatvereins und frühere Ortsheimatpfleger, berichtete während eines Vortragsabends im Jahr 2018, dass diese einschneidenden Veränderungen im Ortsbild seine Hinwendung zur Heimat- und Denkmalpflege begründeten.

**„Daß die Anlage zum vorgesehenen Zeitpunkt in Betrieb genommen werden kann“  
Im Juli 1969 war die Fertigstellung der Gemeinschaftskläranlage in Sende absehbar**

Bei Bauvorhaben heißt es manchmal, einen langen Atem zu haben: Von den ersten Gedanken über die Planung bis hin zur Ausführung vergeht unter Umständen einige Zeit, sowohl bei privaten als auch bei öffentlichen Projekten. Gemeinsam mit den Gemeinden Lipperreihe, Oerlinghausen und Sennestadt (zuvor: Senne II) ein Klärwerk zu betreiben, hatte der Rat der Gemeinde Sende bereits im Februar 1965 beschlossen. Denn in einer Gemeinschaft war ein solch großes Bauvorhaben – für das Abwasser von 25 000 Menschen ausgelegt – leichter zu bezahlen und der Betrieb der Anlage anschließend wirtschaftlicher zu führen. Entstehen sollte sie in Sende, an der Straße Im Bruch. Der nahegelegene Landerbach würde das gereinigte Abwasser aufnehmen.

Im März 1968 hatten die Bauarbeiten begonnen und jetzt, im Juli 1969, waren die Betonarbeiten so gut wie abgeschlossen. Die Reporter der örtlichen Zeitungen, die die Baustelle besuchten, konnten die verschiedenen Becken für die Behandlung des Abwassers mühelos erkennen: Es würde „über einen Sandfang in das Vorklärbecken, von dort in ein Belebungsbecken, wo ihm Sauerstoff zugeführt wird und wo eine biologische Reinigung erfolgt, und endlich in ein Nachklärbecken fließen, um endlich gefahrlos in den angrenzenden Landerbach geleitet zu werden.“ Die „zurückbleibenden Sinkstoffe“ kämen in den Faulurm und – „ausgefault“ – von dort als „ausgezeichnetes feuchtes Düngemittel“ auf die Felder. (Heutzutage lassen neue Verordnungen die Verwendung von Klärschlamm als Düngemittel in der Landwirtschaft wegen seiner Belastung mit Schwermetallen, Arzneimitteln und Kunststoffteilchen kaum noch zu.)



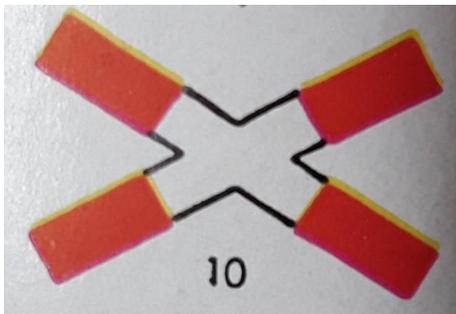
Das „Einwohner-Adreßbuch Gemeinde Verl 1976“ bildete im Rahmen der Gemeindechronik die neue Kläranlage Sende ab.

Doch neben der Installation der „maschinentechnischen Anlage“ musste noch eine entscheidende Baumaßnahme zu Ende gebracht werden: Der Hauptsammler, der große unterirdische Kanal, der das Abwasser sammeln und zur Kläranlage bringen würde, war noch nicht fertig. Von Oerlinghausen bis zur Bundesstraße 68 war er verlegt, doch sieben Kilometer durch den Sennestädter Ortsteil Dalbke bis nach Sende fehlten. „Da die gesetzten Bautermine bislang haben eingehalten werden können“, waren die Verantwortlichen zuversichtlich, „daß die Anlage zum vorgesehen Zeitpunkt im November/Dezember in Betrieb genommen werden kann.“ Nach Abschluss aller Arbeiten würde Sende erstmals über eine umweltverträgliche Abwasserklärung verfügen.

## Gefahr am Bahnübergang

### Im August 1969 war die neue Blinklichtanlage am Bahnübergang Paderborner Straße aufgebaut, aber noch nicht in Betrieb

Sie stehen als Verkehrszeichen an den Bahnübergängen: weiße Kreuze in der Form eines X mit roten Enden. Die sogenannten Andreaskreuze sind Warnzeichen und signalisieren, dass der Straßenverkehr dem Schienenverkehr an dieser Stelle Vorrang gewähren muss. Auch an dem Übergang der Teutoburger-Wald-Eisenbahn über die Paderborner Straße in Verl standen im Oktober 1968 Andreaskreuze als Warnzeichen und konnten doch nicht verhindern, dass der Fahrer eines Mannschaftswagens der britischen Armee eine Diesellok übersah und einen fürchterlichen Unfall verursachte: Bei dem Zusammenstoß wurden vier Soldaten auf der Stelle getötet, 17 schwer verletzt. „Schon zu jener Zeit war nach Auskunft der TWE geplant, den Übergang mit einer Blinklichtanlage zu sichern, um ihn so gefahrloser zu machen“, berichtete eine der örtlichen Zeitungen. Schließlich verkehrten, anders als heute, noch regelmäßig Personen- und Güterzüge auf der Strecke.



Das Andreaskreuz warnt vor einem Bahnübergang. Es wird in der Regel stehend, aus räumlichen Gründen manchmal aber auch liegend angebracht, wie hier zu sehen. Liegend zeigte es früher einen eingleisigen Übergang an.

Im August 1969 waren die Blinklichter aufgebaut, trugen jedoch noch den Hinweis „Außer Betrieb“. Nach Ansicht des Reporters war der Bahnübergang dadurch „gefährvoller“ geworden, weil das bloße Vorhandensein der Blinkanlage eine trügerische Sicherheit vermittelte: „Der Kraftfahrer, der sich den Schienen nähert, sieht zwar das Schild ‚unbeschränkter Bahnübergang‘, die Baken und Warnkreuze, erblickt aber gleichzeitig die Blinkanlage“ und verlässt sich auf ihr Funktionieren. „Erst wenn er sehr dicht an die niveaugleiche Kreuzung Schiene-Straße herangekommen ist, erkennt er die kleine weiße Aufschrift ‚Außer Betrieb‘.“ Blindes Vertrauen in die Technik könne hier zu weiteren tödlichen Unfällen führen, mahnte der Autor, und forderte damit die TWE auf, die Blinkanlage schnell in Betrieb zu nehmen.

Unfälle an unbeschränkten Bahnübergängen geschehen auch heute immer wieder – weil vielen Menschen das Andreaskreuz nicht geläufig ist, meinte der 2017 verstorbene Werner Kuhlmann aus Verl. Er forderte, jedem Andreaskreuz ein Stoppzeichen aufzusetzen, in der Hoffnung, dass die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer bei der Überquerung eines unbeschränkten Bahnübergangs dann vorsichtiger sein würden. Gegen einen entsprechenden Gesetzesentwurf, den der Bundestag umsetzen wollte, wandten sich aber die Länder im Bundesrat: Sie vertraten die Ansicht, dass beide Schilder zusammen für Verwirrung sorgen könnten.

## **Die letzte Bundestagswahl im Amt Verl**

### **Im September 1969 besuchten die Bundestagsabgeordneten der CDU und der SPD ihren Wahlkreis**

Drei Monate vor der kommunalen Neuordnung, die aus dem alten Amt Verl die neue Gemeinde Verl hervorbringen würde, fand am 28. September 1969 die Bundestagswahl statt. In den Wochen vor der Wahl besuchten die Kandidaten, die Bundestagsabgeordneten Rainer Barzel, CDU, und Ulrich Lohmar, SPD, noch einmal das Amt Verl in ihrem Wahlkreis Paderborn-Wiedenbrück.

Rainer Barzel, auf dem Weg nach Paderborn zu einer Wahlkampfveranstaltung mit dem Bundeskanzler Georg Kiesinger (CDU), unterbrach seine Fahrt in der Sürenheide. Dort besichtigte er die zwischen Wald- und Glatzer Straße entstandenen Wohnbauten der Deutschen Bauernsiedlung GmbH gemeinsam mit deren Geschäftsführer und einer kleinen Abordnung der CDU Verl. Der Bundestagsabgeordnete versprach bei dieser Gelegenheit, sich weiterhin für den Bau solcher Nebenerwerbsstellen für geflüchtete oder vertriebene Landwirte einzusetzen, schrieben die örtlichen Zeitungen.

Eine mehrstündige Wahlveranstaltung hingegen hielt Ulrich Lohmar in Verl ab, der gerade zum Professor für politische Bildung an der Ruhr-Universität in Bochum ernannt worden war. Rund 200 Gäste folgten seinen Ausführungen in der Gastwirtschaft „Deutsches Haus“ der Familie Ameling. Dabei griff er die großen Themen der Bundespolitik auf: die Bildung, die durch moderne Schulen und eine Ausbildungsförderung während des Studiums gerechter werden müsse, die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Entspannung der Beziehungen zum „Ostblock“. Der Bundestagsabgeordnete betonte dabei deutlich seinen Abstand zu der CDU/CSU, mit der die SPD im Augenblick noch eine große Koalition bildete: Der nächsten Regierung sollte seiner Ansicht nach die CDU/CSU nicht mehr angehören.

Tatsächlich kam es so – die SPD und die FDP bildeten unter Bundeskanzler Willy Brandt die neue Bundesregierung. Dem Willen der Menschen, die im Amt Verl mit seinen fünf politischen Gemeinden Verl, Bornholte, Sende, Schloß Holte und Österwiehe gewählt hatten, entsprach dies in der überwiegenden Mehrheit nicht. Zwar hatte Ulrich Lohmar mit seiner „Offenheit“ seine Gäste in Verl durchaus angesprochen und die in Sende und Schloß Holte stark vertretenen Arbeiterinnen und Arbeiter hatten in großer Zahl der SPD ihre Stimme gegeben. Doch die meisten Wahlberechtigten im Amt Verl waren ihrer traditionellen Haltung treu geblieben und hatten sich wieder für die CDU entschieden. Auf Bundesebene waren sie jetzt – erstmals seit Gründung der Bundesrepublik – in der Opposition.

## **Letzter Ortstermin vor der Verabschiedung des Wiedenbrück-Gesetzes**

### **Im Oktober 1969 bereiste der Landtagsausschuss für die kommunale Neuordnung noch einmal den Kreis Wiedenbrück und das Amt Verl**

Zum 1. Januar 1970 sollte das sogenannte „Wiedenbrück-Gesetz“ in Kraft treten, das die Neuordnung der Gemeinden innerhalb des gleichnamigen Kreises zu größeren, leistungsfähigeren Verwaltungseinheiten festschreiben würde. Bevor der zuständige Ausschuss dem Landtag seinen endgültigen Vorschlag präsentierte, bereiste er (nach einem Besuch 1968) im Oktober 1969 erneut das Kreisgebiet: Die ihm angehörenden Landtags- und Regierungsmitglieder wollten die Gemeindevertreter ein letztes Mal persönlich anhören. Zuvor unternahmen sie eine von Oberkreisdirektor Hans Scheele vorbereitete sechsstündige Busfahrt: „Eigens aufgestellte Schilder markierten im Gelände den für den Ortsfremden nicht immer sogleich zu erkennenden Verlauf der Grenzen und der durch die Neuordnung zu schaffenden Grenzverläufe“, schrieben die mitreisenden Journalisten anerkennend.

Dass die fünf politischen Gemeinden des Amtes Verl nicht gemeinsam eine neue Großgemeinde Verl bilden würden, sondern die Gemeinde Schloss Holte durch den Zusammenschluss mit der Gemeinde Stukenbrock aus dem Kreis Paderborn die erstrebte Selbständigkeit erreichen würde, stand inzwischen nicht mehr in Frage. Stattdessen griff Verls Bürgermeister Hermann Dreismann „das Stichwort ‚Industriegebiet südlich der Autobahnauffahrt Gütersloh‘“ auf „und setzte sich hier sehr für die im Entwurf vorgesehene ‚für Verl lebenswichtige Lösung‘ ein“, dieses vielversprechende Gewerbegebiet bei der neuen Großgemeinde Verl zu belassen. „Gütersloh sei nach Ansicht der Landesplanungsgemeinschaft darauf nicht angewiesen. Bürgermeister Karl Oesterwalbesloh (Schloß Holte) begrüßte die im Entwurf vorgesehene Einbeziehung von Stukenbrock. Die Frage, ob die neue Gemeinde den Kreisen Wiedenbrück, Paderborn oder Bielefeld zugeordnet werden soll, beantwortete Oesterwalbesloh so: ‚Das ist eigentlich zweitrangig, ich möchte es gern den Landtagsabgeordneten überlassen, die für uns beste Lösung zu finden.‘ SPD-Sprecher Hubert Voßhenrich (Sende) hob die Verflechtung mit Schloß Holte hervor“, um für die Anbindung des östlichen Teils seiner Gemeinde an Schloß Holte-Stukenbrock zu werben.

Der Ausschussvorsitzende Dr. Alfred Stolle (FDP) stellte nach der Anhörung fest, dass es bei der Vielzahl unterschiedlicher Interessen keine „absoluten Lösungen“ geben könne, er wolle aber die „relativ besten“ für den endgültigen Gesetzesentwurf finden. Für die neue Großgemeinde Verl brachte das Gesetz allerdings eine Enttäuschung: Sie verlor das Industriegebiet südlich der Autobahnauffahrt in letzter Minute doch noch an Gütersloh. Die neue Großgemeinde Schloß Holte-Stukenbrock (mit dem östlichen Teil Sendes) kam erst zum Kreis Bielefeld, ehe sie 1973 Teil des neuen Kreises Gütersloh wurde.

## **Abschied vom Amt Verl**

### **Im November 1969 trafen sich die Amtsvertreter zu einem „Leichenschmaus“. Die Stimmung war wehmütig**

Die kommunale Neugliederung, die mit dem 1. Januar 1970 in Kraft treten würde, bedeutete das Ende des Amtes Verl: Der Verwaltungsbezirk, der die fünf politisch selbständigen Gemeinden Verl, Bornholte, Sende, Österwiehe und Schloß Holte (ursprünglich „Liemke“) umfasste, würde aufgelöst, und aus den fünf kleinen Gemeinden würden zwei neue Großgemeinden werden – Verl und Schloß Holte-Stukenbrock.

Im November 1969 trafen sich die politischen Vertreter des Amtes, die Mitglieder der Amtsvertretung, in der Gastwirtschaft „Hildenhof“ an der Bahnhofstraße in Bornholte (heute Bergstraße 34) ein letztes Mal, um gemeinsam feierliche Rückschau zu halten. Zu einem warmen Abendessen mit anschließender Tanzveranstaltung waren auch deren Ehefrauen sowie die Bürgermeister der fünf amtsangehörigen Gemeinden eingeladen. Die anwesenden Vertreter der örtlichen Zeitungen bezeichneten die Veranstaltung in ihren Berichten wegen der vorherrschenden wehmütigen Stimmung als „Leichenschmaus“.

Das Amt Verl war weit mehr als eine „Schreibstube“ der fünf Gemeinden gewesen, die über keine eigenen Verwaltungen verfügten, wie Amtsdirektor Dr. Hans-Georg Klose in seiner Ansprache feststellte. Gerade im 19. und im frühen 20. Jahrhundert sei das Amt noch ein „echter Gemeindeverband“ gewesen, in dem die großen Straßenbauten und die Einrichtung des Feuerlöschwesens für alle von der Amtsverwaltung betreut worden seien. Auch hatten die leitenden Beamten – die Amtsmänner, Amtsbürgermeister und Amtsdirektoren – stets alle Zusammenkünfte der Amtsvertretung und der Gemeindevertretungen begleitet und mit der Amtsverwaltung deren Beschlüsse umgesetzt. „Dr. Klose gab zu, daß es ihm schwerfalle, von einer Verwaltung Abschied zu nehmen, die 131 Jahre funktioniert habe.“ Er selbst, der seit 1961 Amtsdirektor war, sollte als Verwaltungsleiter der neuen Gemeinde Verl noch 15 Jahre an deren Entwicklung mitarbeiten – in dem Bemühen, „daß die neuen Gemeinden in 131 Jahren genausoviel leisten würden, wie in der Vergangenheit das Amt Verl vermocht habe“.

Im Verlauf des Abends ehrte der Amtsdirektor gemeinsam mit dem ehrenamtlichen Amtsbürgermeister Karl Maasjost noch das langjährigste Mitglied der Amtsvertretung, Heinrich Schöppner aus Bornholte. Er hatte ihr seit dem 23. November 1945 angehört, als sie, von den Gemeindevertretungen neu gewählt und von der Militärregierung bestätigt, erstmals nach Ende des Krieges wieder zusammentrat.



Im „Hildenhof“ in Bornholte-Bahnhof hielt die Amtsvertretung im November 1969 feierliche Rückschau.

## **„Großgemeinde vor vielen Aufgaben“**

**Im Dezember 1969 fanden die letzten Ratssitzungen der alten Gemeinden statt. In der Zukunft warteten große Bauvorhaben**

Verl, Bornholte, Sende, Schloß Holte (ursprünglich „Liemke“) und Österwiehe - das waren über 150 Jahre lang fünf zwar in einem Verwaltungsbezirk, dem Amt Verl, zusammengefasste, politisch jedoch selbständige Gemeinden. Jede hatte ihre Gemeindevertretung, deren Mitglieder die Entwicklung ihres jeweiligen Gemeinwesens bestimmten. Im November und im Dezember 1969 traten die Vertretungen der fünf Gemeinden ein letztes Mal zusammen, denn ab dem 1. Januar 1970 würden sie im Rahmen der von der Landesregierung beschlossenen kommunalen Neuordnung in zwei neuen Großgemeinden aufgehen, Verl und Schloß Holte-Stukenbrock. Sie sollten den zukünftigen Herausforderungen besser gewachsen sein als die alten, kleinen Gemeinden.

Einzig in Schloß Holte herrschte Freude über diese Entwicklung, denn lange schon hatte die Gemeinde versucht, sich aus dem Amtsverband zu lösen. Österwiehe hingegen musste sich mit dem Anschluss an die neue Großgemeinde Verl von seinem Streben verabschieden, eine selbständige Gemeinde Kaunitz zu bilden. Verl und Bornholte wiederum hätten die neue Großgemeinde gerne mit allen fünf alten Gemeinden auf dem Gebiet des Amtes Verl errichtet. Dem hätte sich auch die Mehrheit der Gemeindevertreter von Sende angeschlossen, das einer Dreiteilung entgegen sah: Der Osten kam zu Schloß Holte, der Norden mit der Teilanstalt Eckardtsheim der von Bodelschwing'schen Anstalten Bethel zu Sennestadt, der Westen zu Verl.

Nun würden Bornholte, Sende und Österwiehe Ortsteile der neuen Großgemeinde werden, ebenso das Dorf Kaunitz und die Siedlung in der Sürenheide. Entsprechend war es eine der letzten Aufgaben der alten Gemeinden im Vorfeld der Neuordnung, doppelte Straßennamen durch Umbenennungen zu beseitigen. In Zukunft warteten auf die neue Gemeinde Verl große Bauvorhaben: eine neue Grundschule (Am Bühlbusch), eine Hauptschule, ein Gymnasium, ein Freibad. Bei der Helfgerd-Siedlung in der Sürenheide sollte ein großer See (der heutige Verler See) entstehen. Und durch den Verlust der Flächen südöstlich der Autobahn mitsamt der Autobahnauffahrt an Gütersloh galt es neue Möglichkeiten für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben zu finden. Es gab viel zu tun – für die neue Gemeindevertretung, die am 15. März 1970 gewählt werden sollte, und für die aus der Amtsverwaltung hervorgehende Gemeindeverwaltung.